

## Stellungnahme

### zum Entwurf einer Mitteilung der EU-Kommission über Leitlinien für bestimmte Beihilfemaßnahmen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten nach 2021

Die Stahlindustrie ist als energie- und stromintensive Branche besonders von den indirekten Effekten des Emissionsrechtehandels betroffen. Die Stromkostenkompensation ist für sie von erheblicher und, angesichts steigender CO<sub>2</sub>-Preise, weiter zunehmender Bedeutung. Um Carbon Leakage zu verhindern, muss die Kompensation daher in der vierten Handelsperiode vollumfassend erfolgen. Mit den im vorgelegten Entwurf vorgesehenen Kriterien ist dies jedoch noch nicht ausreichend der Fall.

Dazu sind aus Sicht der Stahlindustrie folgende Änderungen erforderlich:

- Es ist zu begrüßen, dass die Stahlindustrie als betroffene Branche nach Anhang 1 mit der Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (NACE 24.10) zu den anspruchsberechtigten Branchen gerechnet wird. Dennoch fehlen wesentliche **mit der Stahlproduktion verbundene Aktivitäten**, die zusätzlich aufgenommen werden müssen, um einen vollumfänglichen Schutz gegen Carbon Leakage zu gewährleisten. Dies gilt für die Produktion von Sinter (NACE-Code 07.10), Koks sowie auch Schritte der Stahlverarbeitung, wie die in der dritten Handelsperiode noch als kompensationsberechtigt eingestufte Produktion von Stahlrohren.
- Von besonderer Bedeutung ist zudem, dass der **Verbrauch von technischen Gasen in der Stahlproduktion** ebenfalls als kompensationsberechtigt eingestuft werden muss. Die Stahlindustrie setzt diese technischen Gase, insbesondere Sauerstoff, aus prozessbedingt unvermeidbaren Gründen in einem bedeutsamen Umfang in der Produktion ein. Da diese Gase zwangsläufig sehr stromintensiv produziert werden, sind sie ebenfalls mit hohen indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten verbunden, welche die Carbon Leakage-Gefahr der Stahlindustrie erhöhen.
- In Ziffer 26 werden Beihilfen dann als verhältnismäßig eingestuft, wenn sie 75 Prozent der anfallenden indirekten CO<sub>2</sub>-Kosten nicht übersteigen. Zwar wird richtigerweise auf eine weitere Abschmelzung dieser **Beihilfeintensität** verzichtet. Dennoch würde sie in einer erheblichen Restbelastung resultieren, während zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern eine vollumfängliche Kompensation erforderlich ist. Die Beihilfemaximalintensität sollte daher entfallen. Dabei ist zu beachten, dass Energieeffizienzprämien bereits durch die Stromverbrauchseffizienzbenchmarks gesetzt werden und daher eine Beihilfemaximalintensität zu diesem Zweck nicht erforderlich ist.

- Um die erforderliche vollumfängliche Kompensation zu ermöglichen, ist auch die in Ziffer 30 vorgesehene Option, den Betrag der indirekten Kosten auf einen bestimmten **Anteil an der Bruttowertschöpfung** eines Unternehmens zu begrenzen, grundsätzlich zu begrüßen. Diese Möglichkeit sollte für alle in Anhang I aufgeführten Sektoren gelten. Sollte sie stattdessen nur für ausgewählte Branchen zur Anwendung kommen, geht die Wirtschaftsvereinigung Stahl davon aus, dass Unternehmen der Stahlindustrie diese Begrenzung in jedem Falle gewährt werden muss - dies gilt vor dem Hintergrund des hohen internationalen Wettbewerbsdrucks, der hohen Stromintensität der Elektrostahlerzeugung, aber auch des in Erwägungsgrund 13 der Emissionshandelsrichtlinie festgehaltenen klaren Willens, dass die Abzüge beim Benchmark für Roheisen und Stahl für den Verbrauch des durch die Nutzung von Kuppelgasen erzeugten Stroms kompensiert werden sollen. Mit Blick auf die für die internationale Wettbewerbsfähigkeit erforderliche Kostenbegrenzung und im Einklang mit den Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien bei der Kostenbegrenzung für Erneuerbare Energien-Umlagen sollte der Betrag der indirekten Kosten dabei auf maximal **0,5 % der Bruttowertschöpfung** festgelegt werden.
- In den Ziffern 53 und 54 werden **Bedingungen zur Inanspruchnahme** der Strompreiskompensation formuliert, mit denen offenbar zusätzliche Anreize zur Verbesserung der Energieeffizienz und Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen gesetzt werden sollen. Die Stahlindustrie ist schon aus Kostengründen fortwährend bestrebt, ihre Energieeffizienz zu verbessern. Die Abwägung entsprechender Investitionen ist jedoch komplex und muss den Unternehmen überlassen werden. Wenn die Anforderungen hier überspannt werden, können sie zu prohibitiv hohen Hürden werden, mit der Folge des Verlustes der Kompensation und somit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. So wäre die in Ziffer 54 formulierte Bedingung, **Empfehlungen des Audit-Berichtes zwingend umzusetzen**, nicht nur ein erheblicher Eingriff in die Autonomie des Unternehmens, sondern ist auch praktisch und administrativ nur schwer umzusetzen. Die vorgesehene **Amortisationsdauer** von 5 Jahren ist zudem nach Industriemaßstäben unrealistisch hoch und daher abzulehnen. Auch die Optionen in den Ziffern b) und c) sind so weitreichend formuliert, dass die damit verbundenen Mehrkosten die durch die Kompensation erlangte Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit umgehend wieder aufheben würden. Zweck der Kompensation ist die Verhinderung internationaler Wettbewerbsnachteile. Eine Verknüpfung mit staatlichen Investitionsvorgaben ist daher sachfremd. Ziffer 54 sollte daher **gänzlich entfallen**.
- Der bislang gültige **Fall-back-Benchmark** von 80 % darf nicht weiter reduziert werden, sondern sollte vielmehr angehoben werden (z. B. auf 97 % wie beim Fallback-Benchmark für Prozessemissionen bei der kostenlosen Zuteilung).

- In Anhang 3 fehlen in dem vorliegenden Entwurf noch die **regionalen CO<sub>2</sub>-Emissionsfaktoren** für den Strommix in verschiedenen geografischen Gebieten. Die Wirtschaftsvereinigung Stahl begrüßt, dass weiterhin ein regionaler Ansatz gewählt wird, und nach Ziffer 10 auf den gewichteten Durchschnitt der CO<sub>2</sub>-Intensität von aus fossilen Brennstoffen erzeugtem Strom abgestellt wird, also den preissetzenden Mix. Der gegenwärtig für den preisbestimmenden Strommix angesetzte CO<sub>2</sub>-Faktor von 0,76 t CO<sub>2</sub> / MWh für Deutschland dürfte aus Sicht der Wirtschaftsvereinigung Stahl somit beizubehalten sein, da auch im kommenden Jahrzehnt trotz des fortschreitenden Ausbaus erneuerbarer Energien und des Kohleausstiegs Kohlekraftwerke grundsätzlich preissetzend sein werden.
- Nach Ziffer 14 Absatz 10 gilt, um eine Gleichbehandlung der Stromquellen zu gewährleisten und Missbrauch vorzubeugen, für **alle Strombezugsquellen** (Eigenerzeugung, Stromlieferungsverträge oder Netzversorgung) derselbe CO<sub>2</sub>-Emissionsfaktor. Diese Klarstellung ist zu begrüßen. Ebenso ist zu begrüßen, dass auch Grünstrom künftig in die Strompreiskompensation einbezogen werden kann. Auf diese Weise kann die Transformation hin zu einer CO<sub>2</sub>-armen Industrieproduktion unterstützt werden. Nutzungsanteile auch von erneuerbarem Strom in der Industrie können wirtschaftlich nur dann verstärkt werden, wenn die Kompensation auch für diese Mengen gewährt wird.